

Mitteilungsblatt Nr. 196

Studien- und Prüfungsordnung (SPO)
für den Masterstudiengang Soziale Arbeit

Der Präsident
28.07.2010

Inhaltsverzeichnis

I.	Allgemeiner Teil	Seite
§ 1	Geltungsbereich	2
§ 2	Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren	2
§ 3	Ziele des Studiums	2
§ 4	Akademischer Grad	3
§ 5	Studiendauer, -organisation und -ablauf	3
§ 6	Module und Lehrveranstaltungen	3
§ 7	Lehrformen	3
§ 8	Studienfachberatung	4
§ 9	Modulprüfungen (Prüfungsleistungen)	4
§ 10	Prüfungsausschuss	4
§ 11	Aufgaben des Prüfungsausschusses	5
§ 12	Prüfer und Beisitzer	5
§ 13	Zulassung und Anmeldungen zur Modulprüfung	5
§ 14	Ziele und Formen der Modulprüfungen	6
§ 15	Durchführung von Modulprüfungen	7
§ 16	Anrechnung von Modulprüfungen	7
§ 17	Nachteilsausgleich	8
§ 18	Masterprüfung, Anmeldung und Zulassung	8
§ 19	Masterarbeit	9
§ 20	Masterkolloquium (mündliche Präsentation und Diskussion der Masterarbeit)	11
§ 21	Bewertung der Modulprüfungen	11
§ 22	Wiederholung und Nachholung von Modulprüfungen	11
§ 23	Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	12
§ 24	Nachweis des erreichten Leistungsziels	13
§ 25	Gesamtnote	13
§ 26	Master-Zeugnis, Master-Urkunde und Diploma Supplement	13
§ 27	Ungültigkeit von Modulprüfungen	14
§ 28	Zertifikat	14
§ 29	Einsicht in die Prüfungsakten	15
§ 30	Inkrafttreten	15

II. Anlagen

Curriculum

Graphische Modulübersicht

§ 1 Geltungsbereich

Diese Studien- und Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden des Master-Studiengangs „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Lausitz (FH), die ab dem Wintersemester 2011/12 an der Hochschule Lausitz (FH) im 1. Fachsemester immatrikuliert werden.

Sie regelt das Studium sowie die zur Erlangung des akademischen Grades „Master of Arts“ (M.A.) an der Hochschule Lausitz (FH), Fachbereich Sozialwesen zu erbringenden Leistungen.

§ 2 Zulassungsvoraussetzungen und Zulassungsverfahren

(1) Zugelassen werden Bewerber, die fristgerecht

(a) den Nachweis eines erfolgreich abgeschlossenen Hochschulstudiums im Studiengang Soziale Arbeit oder eines geistes-, sozial-, human-, kultur-, wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichen Studienganges erbracht, das in einem nachvollziehbaren Zusammenhang mit den Zielen dieses Masterstudiums und seiner Forschungs- und Handlungsfelder steht,

(b) einen Abschluss von mindestens ECTS-Grad C erreicht haben. Kann der ECTS-Grad nicht ermittelt werden, muss mindestens eine Gesamtnote von 2,7 erbracht worden sein.

(c) den Nachweis über Deutschkenntnisse (DSH-Stufe 1) vorweisen (bei ausländischen Studienbewerbern)

(2) Über eine Zulassungsbeschränkung wird auf Basis der Anzahl der Bewerber entschieden.

Bei freien Plätzen kann im begründeten Einzelfall von den oben geschaffenen Voraussetzungen abgewichen werden.

§ 3 Ziele des Studiums

(1) Der Master-Studiengang verfolgt eine professionelle Qualifizierung in der Sozialen Arbeit, indem die wissenschaftlichen und arbeitsfeldbezogenen Dimensionen des Gebietes generalistisch bearbeitet werden. Dabei wird umfassendes Wissen über wissenschaftliche Grundlagen, Theorien, Modelle und Methoden der Sozialen Arbeit vermittelt.

(2) Mit dem Master-Studiengang sollen Absolventen in der Lage sein,

(a) ihr Wissen und ihre Fähigkeiten auch bei neuen Aufgaben in komplexen, multiprofessionell angelegten Arbeitsfeldern einzusetzen und Weiterentwicklungen anzustoßen, z.B.

- gesellschaftlich notwendige (Weiter-)Entwicklung von Strukturen und Inhalten der Sozialen Arbeit zu erkennen und voranzutreiben
- Bedarf und Bedürfniszustände zu analysieren und auch komplexe Lösungsstrategien entsprechend den professionellen Standards zu entwickeln und zu vertreten
- Methoden der Sozialen Arbeit weiterzuentwickeln
- Anforderungen an Steuerung und Leitung komplexer Prozesse eigenständig zu bestimmen
- Systeme des Qualitätsmanagements zu beurteilen sowie weiter zu entwickeln
- Projekte zu entwickeln, durchzuführen und zu evaluieren Mitarbeiter alleinverantwortlich zu leiten und zu führen

(b) ihr Wissen eigenständig kontinuierlich zu aktualisieren und neue wissenschaftliche Erkenntnisse auf einen jeweiligen Praxiskontext zu beziehen und für Veränderungen in der Praxis zu nutzen sowie Innovationen zu implementieren

- (c) ihre fachliche Position gegenüber den Zielgruppen, der Öffentlichkeit und anderen Berufsgruppen zu vertreten, zu erörtern sowie ihre Analyse- und Projektergebnisse zu veröffentlichen
- (d) externe und interne Faktoren der eigenen Tätigkeit zu analysieren und diese mit anderen Berufsgruppen und nach Möglichkeit mit betroffenen Zielgruppen verantwortungsvoll abzustimmen.

§ 4 Akademischer Grad

- (1) Der Masterstudiengang baut auf einem ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss auf und vermittelt zusätzliche wissenschaftliche und berufspraktische Qualifikationen im Bereich der Sozialen Arbeit.
- (2) Der Masterstudiengang führt zum akademischen Grad eines „Master of Arts“: Der Studiengang hat ein anwendungsorientiertes Profil.
- (3) Sofern es der Vergabe von Studienplätzen für den Masterstudiengang nicht entgegen steht, kann nach einer erfolgreichen Eignungsfeststellung der Erwerb von Zertifikaten für einzelne Module ermöglicht werden.

§ 5 Studiendauer, -organisation und -ablauf

- (1) Das Studium ist als Präsenzstudium angelegt.
- (2) Die Regelstudienzeit des Masterstudiengangs „Soziale Arbeit“ beträgt 4 Semester.
- (3) Das Studium umfasst 120 Leistungspunkte, die in Präsenz- und Selbststudium zu erbringen sind.
- (4) Das Studienangebot ist modularisiert. Das Modulangebot ist im Studienablaufplan (vgl. Anlage) festgelegt. Aus fachbereichinternen Gründen kann vom Studienablaufplan abgewichen werden (vgl. aktuelles Vorlesungsverzeichnis).

Ein Anspruch darauf, dass sämtliche in den Modulen MA1 und MB 2 exemplarisch im Modulhandbuch verzeichnete Lehrveranstaltungen und Inhalte tatsächlich angeboten werden, besteht nicht.

§ 6 Module und Lehrveranstaltungen

- (1) Module sind in sich abgeschlossene, abprüfbare Einheiten, welche die Stoffgebiete thematisch und zeitlich abgerundet zusammenfassen. Die Lehrveranstaltungen eines Moduls können unterschiedlichen Disziplinen entstammen (Multidisziplinarität) und unterschiedliche Lehr- und Lernformen umfassen. Ein Modul kann sich über ein oder zwei Fachsemester erstrecken. Module umfassen Pflicht- oder Wahlpflichtlehrveranstaltungen und sind bezüglich Gegenstand und zeitlichem Umfang im Modulhandbuch verzeichnet.
- (2) Gegenstand und zeitlicher Umfang der Lehrveranstaltungen zu den Modulen werden durch Festlegung der Lehrveranstaltungen und der Semesterwochenstunden bestimmt.

§ 7 Lehrformen

- (1) Die Lehre ist vorwiegend seminaristisch organisiert. Darüber hinaus können andere Lehrformen wie z.B. projektorientierte Lehrveranstaltungen, Trainingskurse, Coaching oder Kleingruppenarbeit zur Anwendung kommen. Lehrveranstaltungen oder Teile davon können auch in englischer und polnischer Sprache angeboten werden.

(2) In Ausnahmefällen können Lehrveranstaltungen oder einzelne in sich geschlossene Lehrveranstaltungsabschnitte zeitlich zu Kompaktkursen (Blockveranstaltungen) konzentriert werden.

§ 8 Studienfachberatung

Für die Studienfachberatung gemäß § 19 BbgHG wird ein Mitglied aus dem Kreis der Lehrenden des Fachbereiches Sozialwesen beauftragt.

§ 9 Modulprüfung (Prüfungsleistungen)

(1) Jedes Modul wird mit einer Modulprüfung oder mehreren Modulprüfungen abgeschlossen. Die Modulnote ergibt sich aus dem Ergebnis einer Modulprüfung oder mehrerer Modulprüfungen.

(2) Der Zeitabstand zwischen einer schriftlich erbrachten Prüfungsleistung durch die Studierenden und der erfolgten Beurteilung durch die Lehrenden soll vier Wochen nicht überschreiten.

§ 10 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und der durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist vom Dekan ein Prüfungsausschuss zu bilden.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

- a) drei Professoren,
- b) ein akademischer Mitarbeiter sowie
- d) ein Mitglied aus dem Kreis der Studierenden.

Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Dekan im Benehmen mit dem Fachbereichs- bzw. Fakultätsrat bestellt.

Der Vorsitzende und der Stellvertreter des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses werden aus dem Kreis der Professoren gem. Buchst. a) von den Prüfungsausschussmitgliedern mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen der Mitglieder des Prüfungsausschusses gewählt.

(3) Die Amtszeit der hauptberuflich an der Hochschule Lausitz (FH) tätigen Mitglieder des Prüfungsausschusses beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr. Eine erneute Wiederbestellung ist zulässig

(4) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind; die Mitglieder nach Abs. 2 Buchst. a) oder deren Stellvertreter dürfen nicht in der Minderheit sein. Der Prüfungsausschuss entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder bei dessen Abwesenheit die Stimme des Stellvertreters.

(5) Die Einladungen zu den Sitzungen des Prüfungsausschusses erfolgen durch den Vorsitzenden, bzw. im Abwesenheitsfall durch dessen Stellvertreter, mit einer Frist von mindestens fünf Arbeitstagen. Der Prüfungsausschuss tagt nichtöffentlich.

(6) Bei Prüfungsangelegenheiten, die ein studentisches Mitglied des Prüfungsausschusses persönlich betreffen, ruht die Mitgliedschaft in dieser Angelegenheit.

Soweit Entscheidungen die Bewertungen von Prüfungsleistungen betreffen, hat das studentische Mitglied nur beratende Stimme.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen ist das studentische Mitglied, welches die gleiche Prüfung im gleichen Prüfungszeitraum noch abzulegen hat.

(8) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 11 Aufgaben des Prüfungsausschusses

(1) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Modulprüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Die durch den Prüfungsausschuss getroffenen Entscheidungen bilden die fachliche Grundlage der durch den Präsidenten zu erlassenden Bescheide. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuss selbst. Der Prüfungsausschuss berichtet dem zuständigen Fachbereichsrat über die Entwicklung der Prüfungen. Er gibt Anregungen zur Reform des Studiengangs.

(2) Der Prüfungsausschuss kann die Wahrnehmung von Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden und/oder den Stellvertreter übertragen.

Die Übertragung von Entscheidungen betrifft insbesondere:

- a) die Anrechnung bzw. Anerkennung von Prüfungsleistungen gemäß § 16 dieser Studien- und Prüfungsordnung,
- b) die Festsetzung der zwei Prüfer bei der Masterarbeit sowie
- c) die Festsetzung von Prüfungsbedingungen für Studierende mit Behinderungen.

Dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

§ 12 Prüfer und Beisitzer

(1) Zur Abnahme von Prüfungen sind in der Regel nur Professoren befugt. Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfenden und den sachkundigen Beisitzer. Lehrbeauftragte, akademische Mitarbeiter können vom Prüfungsausschuss zu Prüfern bestellt werden. Zu Prüfern können auch in der beruflichen Praxis und Ausbildung erfahrene Personen bestellt werden, die selbst mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(2) Prüfer und sachkundige Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 13 Zulassung und Anmeldungen zur Modulprüfung

(1) Eine Zulassung zur Modulprüfung erfolgt unter Anrechnung der durch den Studierenden gegenüber dem Studierenden-Service zu erklärenden Fehlversuche zu Prüfungen in anderen Master-Studiengängen an staatlich oder staatlich anerkannten Hochschulen.

(2) Zu einer Modulprüfung kann nur zugelassen werden, wer

- a) ordnungsgemäß an der Hochschule Lausitz (FH) im Master-Studiengang „Soziale Arbeit“

immatrikuliert ist,

- b) und entsprechend der unter (2) formulierten Bedingungen angemeldet ist.
- c) Darüber hinaus gilt für Studienabschnitt F der § 18.

(3) Anmeldung:

1. Eine persönliche Anmeldung ist erforderlich:

- bei den Modulen MA 1 und MB 2.

Der Studierende teilt dem Studierenden-Service in einem vom Prüfungsausschuss festzulegenden Zeitraum die Lehrveranstaltungen (unter Angabe der entsprechenden Lehrveranstaltungsnummer) schriftlich mit, die Bestandteile seiner Modulprüfungen MA 1 und MB 2 sind. Ein späterer Wechsel der gewählten prüfungsrelevanten Lehrveranstaltungen ist ausgeschlossen; dies bezieht sich auch auf die entsprechenden Wiederholungsprüfungen.

- im Studienabschnitt F für die Masterprüfung (vgl. § 18),
- bei Wiederholungsprüfungen (unter Angabe der entsprechenden Lehrveranstaltungs-nummer).

2. Für alle anderen Modulprüfungen ist der Student automatisch mit der Einschreibung in das jeweilige Fachsemester für die in diesem Fachsemester stattfindenden Modulprüfungen angemeldet.

(4) Der Prüfungstermin wird rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 14 Ziele und Formen der Modulprüfungen

In den Modulprüfungen soll festgestellt werden, ob der Kandidat Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbstständig anwenden kann

(1) Klausuren

Eine Klausur findet unter ständiger Aufsicht statt. Über die Zulassung von Arbeits- und Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer und teilt dies rechtzeitig mit. Über den Verlauf der Klausur ist von dem Aufsichtsführenden ein Protokoll zu führen, in dem Beginn, Ende und besondere Vorkommnisse verzeichnet sind. Die Bearbeitungszeit für Klausuren beträgt 1,5 bis 4 Stunden.

(2) Schriftliche Hausarbeiten

Die Themen der Hausarbeiten werden von dem Prüfer festgelegt. Die Themen sollen sich auf die in der Lehrveranstaltung behandelten Lehreinheiten beziehen. Das Thema ist von dem Studierenden selbstständig und allein zu bearbeiten. Hausarbeiten können mit Zustimmung des Prüfers auch als Gruppenarbeiten angefertigt werden, wenn Art und Umfang des Themas dies rechtfertigen. Der Beitrag jedes einzelnen Studierenden muss deutlich abgrenzbar und bewertbar sein.

Die Hausarbeit ist in maschinengeschriebener Ausfertigung sowie in digitalisierter Form im Prüfungsamt vorzulegen. Sie ist mit der Versicherung des Studierenden zu versehen, dass er die Arbeit bzw. ihren entsprechenden gekennzeichneten Teil einer Gruppenarbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat. Die Bearbeitungszeit für schriftliche Hausarbeiten beträgt 3 Wochen.

(3) Mündliche Prüfungen/Präsentation

Über den Verlauf ist ein Protokoll anzufertigen, das die wesentlichen Prüfungsgegenstände sowie die Bewertung der Prüfungsleistung enthält. Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Es

wird von dem Prüfer und von dem sachkundigen Beisitzer unterzeichnet. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung bekannt zu geben.

Mündliche Prüfungsleistungen werden in der Regel als Einzelprüfungen durchgeführt. In geeigneten Fällen können sie als Gruppenprüfungen mit maximal 3 Prüflingen erbracht werden; dabei muss der Beitrag jedes einzelnen Studierenden abgrenzbar und individuell bewertbar sein. Die Mindestdauer darf je Prüfling und Fach 15 Minuten nicht unterschreiten und 30 Minuten nicht überschreiten.

(4) **Sonstige Prüfungsformen** sind z.B. Projektarbeiten, Textmappe, andere schriftliche Prüfungsformen etc.

§ 15 Durchführung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen werden in der Regel in dem der Lehrveranstaltung unmittelbar folgendem Prüfungszeitraum erbracht.

(2) Werden bei zweisemestrigen Modulen mehrere Modulprüfungen angeboten, so werden diese im Anschluss an das jeweilige Fachsemester durchgeführt, in dem die betreffende Lehrveranstaltung stattgefunden hat.

(3) Für jede Modulprüfung ist entsprechend dem Studienablaufplan mindestens ein Prüfungstermin je Semester anzusetzen. Prüfungszeiträume sind im Semesterablaufplan festgelegt. Ergeben sich Änderungen im Studienablaufplan (vgl. § 5 (4)), so kann sich die zeitliche Folge der Prüfungen modifizieren. Darüber hinaus kann der Prüfungsausschuss weitere Prüfungszeiträume festlegen. Der Prüfungstermin wird rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekannt gegeben. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(4) Nach- und Wiederholungsprüfungen finden in der Regel im nächstfolgenden, vom Prüfungsausschuss festgelegten, Prüfungszeitraum statt.

(5) Prüfer ist in der Regel die Lehrkraft, deren Lehrveranstaltung der Studierende im jeweiligen Modul besucht hat.

Schriftliche Modulprüfungen werden von einem Prüfer und mündliche Prüfungen von einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (vgl. § 12) abgenommen.

In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsmodul Inhalte mehrerer prüfungsrelevanter Lehrveranstaltungen geprüft werden, kann die Modulprüfung von mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) abgenommen werden. Dabei prüft und bewertet jeder Prüfer nur den seinem Fachgebiet entsprechenden Anteil des Prüfungsfaches.

(6) Die in einem Modul zu erbringenden Form der Modulprüfung werden von dem Lehrenden festgelegt und zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

(7) Der Kandidat hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtsführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

§ 16 Anrechnung von Modulprüfungen

(1) Modulprüfungen, die an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule der Bundesrepublik Deutschland, bei vergleichbaren Anforderungen, Inhalten und Umfang sowie gleichen Leistungspunkten in gleichwertigen Studiengängen erbracht wurden, werden auf Antrag als Modul mit der Leistungspunktzahl, die für das entsprechende Modul im Master-Studiengang „Soziale Arbeit“ vergeben wird, angerechnet.

(2) Module in Studiengängen einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule, die nicht unter Abs. 1 fallen, werden auf Antrag angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Module sind gleichwertig, wenn sie hinsichtlich der Lernziele, des Inhalts und des Umfangs denjenigen des Studiums im Master-Studiengang „Soziale Arbeit“ im Wesentlichen entsprechen.

Es können maximal nur die Leistungspunkte angerechnet werden, die für das einzelne Modul im Master-Studiengang „Soziale Arbeit“ an der Hochschule Lausitz (FH) festgelegt sind.

(3) Bei der Anerkennung von Modulprüfungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der KMK und HRK gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften auf der Basis des ECTS -Systems zu beachten. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Anrechnung. Im Übrigen kann bei Zweifeln in der Frage der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(4) Werden Modulprüfungen angerechnet, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen.

(5) Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss im Zweifelsfall nach Anhörung des zuständigen Prüfers. Der Studierende hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(6) Die Anrechnung der Darlegung/Diskussion des Masterkonzepts, der Masterarbeit einschließlich des Masterkolloquiums ist ausgeschlossen.

§ 17 Nachteilsausgleich

(1) Machen Studierende geltend, dass sie wegen körperlicher Beeinträchtigungen oder Behinderungen nicht in der Lage sind, Studien- und Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form zu erbringen, können die Prüfungsleistungen durch gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form ersetzt werden.

(2) Ein entsprechender Antrag ist rechtzeitig, mindestens jedoch vier Wochen vor der Erbringung der Studien- oder Prüfungsleistung, an den Vorsitzenden des zuständigen Prüfungsausschusses zu richten. Dem schriftlichen Antrag ist zur Glaubhaftmachung ein amtsärztliches Attest beizufügen. Aus dem amtsärztlichen Attest muss die leistungsbeeinträchtigende oder –verhindernde Auswirkung der körperlichen Beeinträchtigung oder Behinderung hervorgehen.

(3) Der Prüfungsausschuss bestimmt nach Anhörung des zuständigen Prüfers, in welcher anderen Form die gleichwertige Studien- oder Prüfungsleistung durch den Studierenden zu erbringen ist. Zur Festlegung der anderen Form gehört auch ggf. eine Verlängerung der Schreib- oder Bearbeitungszeit der Studien- oder Prüfungsleistung.

(4) Die Entscheidung des Prüfungsausschusses wird dem Studierenden in geeigneter Weise bekannt gegeben.

§ 18 Masterprüfung, Anmeldung und Zulassung

(1) Die Masterprüfung besteht aus

a) der Masterarbeit gemäß § 19

b) dem Masterkolloquium (mündlichen Präsentation und Diskussion) gemäß § 20.

(2) Ein schriftlicher Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung ist max. zwei Semester nach dem 3. Fachsemester zu stellen, sonst erlischt der Prüfungsanspruch und es erfolgt die Exmatrikulation, es sei denn, es werden Ansprüche gemäß § 23 (2). geltend gemacht.

Dem schriftlichen Antrag auf Zulassung zur Masterprüfung, der an den Prüfungsausschuss zu stellen ist, sind folgende Unterlagen beizufügen, soweit sie dem Studierenden-Service noch nicht vorliegen:

- a) die Nachweise gemäß Absatz 3a)
- b) eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Masterarbeit und zur Absolvierung eines Master-Studiums
- c) eine Erklärung, dass die Masterarbeit so oder ähnlich nicht an einer anderen Hochschule vorgelegt wurde
- d) ein Themenvorschlag
- e) ein Vorschlag für den Erst- und Zweitgutachter (vgl. § 19 (2)), welcher keinen Rechtsanspruch begründet, und eine Einverständniserklärung des Erst- und Zweitgutachters.

(3) Zur Masterarbeit wird zugelassen, wenn:

- a) sämtliche Prüfungsleistungen des 1. und 2. Fachsemesters bestanden sind
- b) eine Anmeldung zu allen Prüfungen des 3. Fachsemesters (vgl. § 13 (3, Pkt. 2)) und
- c) der Nachweis über die erfolgreiche Darlegung/Diskussion des Masterkonzepts im 3. Fachsemester vorliegt sowie
- d) ein schriftlicher Antrag auf Zulassung in einer vom Prüfungsausschuss festgelegten Frist an das Studierenden-Service gestellt wurde.

(4) Zum Masterkolloquium (mündlichen Präsentation und Diskussion) wird zugelassen, wer:

- a) alle Prüfungen des 3. und die Prüfung im Modul E 2 sowie
- b) die Masterarbeit (vgl. § 19) bestanden hat.

(5) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder sein Stellvertreter.

(6) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn sowohl die Masterarbeit sowie das Masterkolloquium (die mündliche Präsentation und Diskussion) mit mindestens „ausreichend“ bestanden sind.

§ 19 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist eine schriftliche Prüfung. Der Prüfling soll seine Befähigung nachweisen, innerhalb einer vorgegebenen Frist praxisorientierte Aufgaben aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbstständig zu bearbeiten. Die Masterarbeit basiert in der Regel auf eigenständigen Untersuchungen aus einer experimentellen oder theoretischen Aufgabenstellung und beinhaltet eine ausführliche Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung.

(2) Die Abschlussarbeit wird von einem Professor oder einer anderen, nach dem Brandenburgischen Hochschulgesetz zur Abnahme von Hochschulprüfungen berechtigten Person betreut, soweit diese/r an der Hochschule in einem für den Studiengang relevanten Bereich tätig ist (Hochschulbetreuer bzw. Erstbetreuer). Die Abschlussarbeit kann auch von Personen mit umfassender Erfahrung in der beruflichen Praxis und Ausbildung ausgegeben und betreut werden, sofern sie mindestens die durch die Prüfung festzustellende oder eine gleichwertige Qualifikation besitzen. Soll die Abschlussarbeit an

einer Institution außerhalb der Hochschule angefertigt und betreut werden, bedarf es hierfür eines Antrages an den Prüfungsausschuss.

(3) Die Ausgabe der Masterarbeit zur Bearbeitung erfolgt über den Prüfungsausschuss. Das Thema, der Zeitpunkt der Ausgabe und das Ende der Bearbeitungszeit sind aktenkundig zu machen. Das Thema kann nur einmal und innerhalb einer Frist von vier Wochen zurückgegeben werden.

(4) Die Bearbeitungszeit für die Masterarbeit beträgt zwölf Wochen. Die Bearbeitungszeit kann auf schriftlichen Antrag des Prüflings aus triftigen Gründen, die er nicht zu vertreten hat, um maximal zwei Wochen verlängert werden.

Die triftigen Gründe, die für den Antrag auf Verlängerung geltend gemacht werden, müssen unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Werktagen, dem Prüfungsausschuss schriftlich unter Beibringung von Mitteln zur Glaubhaftmachung eingereicht werden. Wird als triftiger Grund Krankheit geltend gemacht, so hat der Studierende dies durch Vorlage eines ärztlichen Attestes nachzuweisen. Das Attest muss grundsätzlich die leistungsbeeinträchtigende Auswirkung der Krankheit erkennen lassen, aus der die Bearbeitungsunfähigkeit der Masterarbeit hervorgeht, nicht jedoch die Krankheit selbst. Das Datum der ärztlichen Untersuchung muss im ärztlichen Attest vermerkt und die ärztliche Untersuchung spätestens am Tag des schriftlichen Antrages vorgenommen worden sein.

Der Krankheit des Studierenden steht die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder Elternteils gleich. Die Anforderungen an das ärztliche Attest gelten entsprechend.

(5) Die Masterarbeit ist in der Regel in Inhalt und Form entsprechend den Kriterien einer wissenschaftlichen Publikation anzufertigen und ist fristgemäß in maschinengeschriebener und gebundener Ausfertigung (3fach) sowie als PDF-Datei (auf digitalem Datenträger, 3fach) beim Betreuer über das Studierenden-Service einzureichen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Bei postalischer Übersendung ist der Tag des Eingangs der Abschlussarbeit in der Hochschule maßgebend.

(6) Bei der Abgabe hat der Prüfling schriftlich zu versichern, dass

- er seine Masterarbeit – bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Masterarbeit selbstständig verfasst hat,
- die benutzten Quellen, einschließlich der Quellen aus dem Internet und die Hilfsmittel, vollständig und richtig angegeben hat,
- die Stellen der Abschlussarbeit – einschließlich Tabellen, Abbildungen usw. - die anderen Werken oder dem Internet im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen wurden, vollständig und richtig unter Angabe der Quelle als Entlehnung kenntlich gemacht sind und
- die Abschlussarbeit in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner Prüfungsbehörde vorlag.

(7) Die Masterarbeit ist von zwei Prüfenden zu bewerten. Die Bewertung der Masterarbeit ist schriftlich in einem Gutachten zu begründen. Der zweite Prüfende kann sich der schriftlichen Beurteilung durch den Betreuenden anschließen, doch muss dies im Gutachten vermerkt werden.

(8) Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss ein dritter Prüfer bestellt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Masterarbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen. Sollte die Masterarbeit von einem Prüfer mit „nicht ausreichend“, vom zweiten mit „ausreichend“ oder besser bewertet werden, so ist ein dritter Prüfer hinzuzuziehen, dessen Bewertung den Ausschlag gibt. Die Note der Masterarbeit wird aus dem arithmetischen Mittel der beiden positiven Bewertungen gebildet.

Die Masterarbeit kann nur dann als „ausreichend“ und besser bewertet werden, wenn die Benotung beider Gutachter mindestens „ausreichend“ ist.

(9) Die Note für die Masterarbeit wird in der Masterprüfung 3fach gewichtet.

§ 20 Masterkolloquium (mündliche Präsentation und Diskussion der Masterarbeit)

(1) Die Masterarbeit wird nach Bekanntgabe der Note Gegenstand des Masterkolloquiums, bei dem auch die Eigenständigkeit der Leistung überprüft wird. Das Masterkolloquium darf erst stattfinden, wenn alle übrigen Prüfungsleistungen erbracht sind.

Die mündliche Präsentation dauert mindestens 30 Minuten, höchstens 45 Minuten, mit der anschließenden Diskussion nicht länger als 60 Minuten.

Mit Zustimmung des Studierenden kann das Masterkolloquium öffentlich erfolgen.

(2) Die wesentlichen Inhalte und Ergebnisse sind zu protokollieren. Die Beurteilung des Masterkolloquiums ist dem Studierenden im Anschluss bekannt zu geben.

(3) Die Note für das Masterkolloquium wird in der Masterprüfung 1fach gewichtet.

§ 21 Bewertung der Modulprüfungen

(1) Eine Modulprüfung ist erfolgreich bestanden, wenn sie mindestens mit „ausreichend“ (4,0) bewertet wurde. Eine Modulprüfung, die aus mehreren Prüfungsleistungen besteht, gilt als erfolgreich bestanden, wenn jede der Teilprüfungen mit mindestens ausreichend (4,0) bewertet wurde.

(2) Die Bewertung der Modulprüfung erfolgt durch den jeweiligen Prüfer. Werden mehrere Prüfungen oder Teilprüfungen zu einer Note zusammengefasst, so errechnet sich die Note aus dem Durchschnitt (arithmetisches Mittel) der Bewertung der einzelnen Prüfungen (im Modul F2 gewichtet gemäß § 19 (8) und § 20 (3). Tabelle 1 findet Anwendung.

(3) Für die Bewertung der einzelnen Modulprüfungen sind die Noten 1, 2, 3, 4, 5 sowie die jeweils um 0,3 erhöhten oder geminderten Zwischenwerte zu verwenden. Die Noten 0,7; 4,3 und 4,7 sind als Einzelnote ausgeschlossen.

Tabelle 1: Bewertung von Prüfungen und Festlegung der Gesamtnote

Deutsche Note	ECTS - Definition	Deutsche Übersetzung
bis 1,3	Excellent	Hervorragend
1,4 - 1,7	Very good	Sehr Gut
1,8 - 2,5	Good	Gut
2,6 - 3,5	Satisfactory	Befriedigend
3,6 - 4,0	Sufficient	Ausreichend
> 4,0	Fail	Nicht bestanden

(4) Bei der Bildung der Modulnoten wird die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt. Alle weiteren Dezimalstellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 22 Wiederholung und Nachholung von Modulprüfungen

(1) Eine mindestens mit „ausreichend“ bewertete Modulprüfung kann nicht wiederholt werden.

(2) Modulprüfungen, die nicht bestanden wurden oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Die Wiederholung ist nur in dem der Prüfung folgenden Prüfungszeitraum zulässig,

sofern nicht dem Studierenden wegen besonderer, vom ihm nicht zu vertretender Gründe, eine Nachfrist gewährt wurde.

(3) Eine zweite Wiederholung einer Modulprüfung ist für max. zwei Prüfungen, ausgenommen im Modul F 2, während des gesamten Studiums zulässig.

Eine zweite Wiederholung ist spätestens in dem der ersten Wiederholungsprüfung folgenden Fachsemester abzuleisten.

(4) Bei einer zu wiederholenden Modulprüfung, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortsetzung des Studiums ist (letzte Wiederholungsmöglichkeit), ist neben dem ursprünglich Prüfenden ein weiterer Prüfer hinzu zu ziehen. In diesem Fall ist diese Prüfung nur dann mit „nicht bestanden“ zu bewerten, wenn beide Prüfer zu diesem Ergebnis kommen.

(5) Die Masterarbeit kann nur einmal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Universitäten, an staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen und Fachhochschulen sind anzurechnen. Bei einer nicht bestandenen Masterarbeit muss innerhalb von drei Monaten nach schriftlicher Mitteilung über das Nichtbestehen ein Antrag auf Wiederholung der Masterarbeit mit neuer Themenstellung gestellt werden.

(6) Die Wiederholung einer nicht bestandenen mündlichen Präsentation der schriftlichen Masterarbeit muss in einem Zeitraum von vier Wochen nach Bekanntgabe des Nichtbestehens beantragt werden. Die Wiederholung muss innerhalb eines Semesters nach Nichtbestehen erfolgen.

§ 23 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht bestanden“ (5,0) bewertet, wenn der Studierende einen Prüfungstermin ohne einen triftigen Grund versäumt oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Gründe, die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemacht werden, müssen unverzüglich, spätestens innerhalb von drei Werktagen, dem Prüfungsausschuss schriftlich unter Beibringung von Mitteln zur Glaubhaftmachung dargelegt werden. Krankheit hat der Studierende durch Vorlage eines ärztlichen Attestes nachzuweisen. Das Attest muss grundsätzlich die leistungsbeeinträchtigende Auswirkung der Krankheit erkennen lassen, aus der die Prüfungsunfähigkeit hervorgeht, nicht jedoch die Krankheit selbst. Das Datum der ärztlichen Untersuchung muss im ärztlichen Attest vermerkt und die ärztliche Untersuchung spätestens am Tag der Prüfung vorgenommen worden sein.

In Zweifelsfällen kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses ein amtsärztliches Attest auf Kosten des Studierenden verlangen. Zweifelsfälle ergeben sich insbesondere dann, wenn eine wiederholte Prüfungsunfähigkeit geltend gemacht wird. Soweit die Einhaltung von Fristen für die erstmalige Meldung zur Prüfung, die Wiederholung von Prüfungen, die Gründe für das Versäumnis von Prüfungen und die Einhaltung von Bearbeitungszeiten für Prüfungsarbeiten betroffen sind, steht der Krankheit des Studierenden die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes oder Elternteils gleich. Die Anforderungen an das ärztliche Attest gelten entsprechend.

Erkennt der Prüfungsausschuss die persönlichen Gründe an, teilt er einen neuen Prüfungstermin mit oder verlängert die Frist entsprechend.

(3) Versucht der Studierende das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ (5,0) bewertet.

Wird zum Zweck der Täuschung geistiges Eigentum anderer verletzt bzw. publiziertes Material Dritter ohne Angabe der Quellen/Autorenschaft verwendet und als eigene Leistung eingereicht (Plagiat), gilt die entsprechende Prüfungsleistung als mit „nicht bestanden“ bewertet. Der Prüfungsausschuss ist durch den/die Prüfenden zu informieren. Der Prüfungsausschuss kann den Studierenden nach Anhörung von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Studierende, die den ordnungsgemäßen Ablauf des Prüfungstermins stören, können von dem jeweiligen Prüfer oder dem Aufsichtsführenden, in der Regel nach Abmahnung, von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht bestanden“ (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Der Prüfungsausschuss kann den Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(5) Über Sachverhalte und Entscheidungen gemäß den Absätzen 1 - 4 wird der Studierende in geeigneter Weise informiert.

(6) Fristen zur Wiederholung der Prüfungen im Modul F 2 regelt der § 22 (5) und (6).

§ 24 Nachweis des erreichten Leistungszieles

(1) Mit dem erfolgreichen Abschluss eines Moduls durch eine Modulprüfung mit mindestens der Note „ausreichend“ hat der Studierende die zugehörige Anzahl an Leistungspunkten erworben.

(2) Im Rahmen von zweisemestrigen Modulen kann die pro Fachsemester erreichbare Zahl an Leistungspunkten variieren. Durchschnittlich werden 30 Leistungspunkte pro Fachsemester erworben.

§ 25 Gesamtnote

(1) Die Gesamtnote des Master-Abschlusses wird aus dem gewichteten arithmetischen Mittel der Durchschnittsnote der Modulprüfungen (60 %), der Masterarbeit (30 %) und dem Masterkolloquium (10 %) gebildet. Dabei wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. (§ 21 (3), Tabelle 1)

§ 26 Master-Zeugnis, Master-Urkunde und Diploma Supplement

(1) Über den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums werden möglichst innerhalb von vier Wochen nach Bekanntgabe des letzten Prüfungsergebnisses ein Master-Zeugnis, eine Master-Urkunde und ein Diploma-Supplement ausgestellt.

(2) Das Master-Zeugnis enthält neben der Gesamtnote Angaben über das Thema und die Note der Masterarbeit, die Note des Masterkolloquiums sowie die Benotung der übrigen Modulprüfungen. Die Modulprüfungsnoten werden entsprechend § 21 (3), Tabelle 1 angegeben. Das Master-Zeugnis unterschreiben der Dekan des Fachbereichs Sozialwesen und der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Das Master-Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

Das Master-Zeugnis enthält zusätzlich die relative Note nach der ECTS Bewertungsskala, um die Vergleichbarkeit von Prüfungsleistungen zu erhöhen. Die relative Note gibt eine Rangfolge der erfolgreichen Absolventen nach Prozentsätzen der statistischen Bezugsgruppe an. Hierzu werden mindestens drei vorhergehende Jahrgänge berücksichtigt.

ECTS-Grade	Relatives Notensystem (% der erfolgreich Studierenden,
A	die besten 10 %
B	die nächsten 25 %
C	die nächsten 30 %
D	die nächsten 25 %
E	die nächsten 10 %
F	nicht bestanden

Es werden nur die Ergebnisse der erfolgreichen Probanden dargestellt; Fail (F) entfällt.

(3) Gleichzeitig mit dem Master-Zeugnis wird dem Absolventen eine Master-Urkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades "Master of Arts" (M.A.) beurkundet. Die Master-Urkunde wird von dem Präsidenten der Hochschule und dem Dekan des Fachbereichs Sozialwesen unterzeichnet.

(4) Das Diploma Supplement weist als Zusatz zu Zeugnis und Urkunde als ergänzende Informationen die Themen der Lehrveranstaltungen der einzelnen Module aus. Dies betrifft nicht Modul F 2.

§ 27 Ungültigkeit von Modulprüfungen

1) Hat der Prüfling bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Note entsprechend § 23 Abs. 3 berichtigt werden. Ggf. kann das Ergebnis der Modulprüfung für „nicht ausreichend“ erklärt werden. Gleiches gilt für die Bewertung der Masterarbeit oder des Masterkolloquiums.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Abnahme einer Modulprüfung, der Anfertigung der Masterarbeit oder die Zulassung zum Masterkolloquium nicht erfüllt, ohne dass der Prüfling hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt.

(3) Hat der Prüfling vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, dass er die Modulprüfung ablegen konnte, so kann die Note der Modulprüfung für „nicht ausreichend“ und die Gesamtnote der Master-Prüfung für „nicht bestanden“ erklärt werden.

(4) Dem Prüfling ist vor der Entscheidung des Prüfungsausschusses Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Auf der Grundlage der Entscheidung des Prüfungsausschusses wird durch den Präsidenten ein Bescheid erteilt.

(5) Das unrichtige Zeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Zeugnis ist auch die entsprechende Urkunde einzuziehen, wenn die Master-Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde.

§ 28 Zertifikat

Die Ausstellung eines Zertifikats erfolgt auf Antrag des Studierenden an den Prüfungsausschuss. Ein Zertifikat wird nur gefertigt, wenn ein Zeugnis nach § 25 nicht erteilt werden kann. Das Zertifikat gibt auf Wunsch des Studierenden Auskunft über den Notendurchschnitt der Prüfungsleistungen und die Bezeichnung der absolvierten Module.

§ 29 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses kann der Prüfling einen schriftlichen Antrag auf Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten und in die Prüfungsprotokolle der mündlichen Prüfungen stellen.

(2) Der Antrag ist beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen. Die Einsichtnahme wird in angemessener Frist gewährt. Den Ort der Einsichtnahme bestimmt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

§ 30 Inkrafttreten

Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe im Mitteilungsblatt der Hochschule Lausitz (FH) in Kraft. Sie wurde durch den Fachbereichsrat des Fachbereiches Sozialwesen am 07.04.2010 erlassen, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur angezeigt, und durch den Präsidenten der Hochschule Lausitz (FH) nach erfolgter Akkreditierung des Studienganges am 28.07.2010 genehmigt.

Senftenberg, den 28.07.2010

Prof. Dr. Günter H. Schulz
Präsident der Hochschule Lausitz (FH)





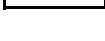

II. Anlagen

Curriculum MA Soziale Arbeit/Social Work

Studienabschnitte/Module	CP	SWS 1. Sem	SWS 2. Sem	SWS 3. Sem	SWS 4. Sem	Workload
Studienabschnitt A Bildung und Kommunikation						
Modul A1 Moderation, Kommunikation	6	4				180
Modul A2 Sozialpädagogische Methoden: Bildungsarbeit, Anleitung von Ehrenamtlichen	6		4			180
Studienabschnitt B Anwendungsbezogene Forschung						
Modul B1 Konstruktionen und Erfassung sozialer Realität. (Methoden qualitativer und quantitativer Sozial- forschung, Evaluation, Wissenschaftstheorien)	6	4				180
Modul B2 (B2.1/B2.2) Entwicklungsprojekte, Konzeptentwicklung	12		4	4		360
Studienabschnitt C Gesellschaftliche Reflexionen						
Modul C1 Geschichte, Theorien und Wissenschaftskonzepte. Geschichte der Sozialen Arbeit, Vertiefung in (ausgewählte) Theorien Sozialer Arbeit.	6	4				180
Modul C2 Sozialökologische Perspektiven Sozialer Arbeit: Gesundheit, Konsum und Nachhaltigkeit	9	6				270
Modul C3 (C3.1/C3.2) Rechtliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit in einer globalisierten Gesellschaft - Interkulturelle Sozialarbeit	9		4	2		270
Studienabschnitt D: Resozialisierung/Rehabilitation						
Modul D1 (D1.1/D2.1) Interdisziplinäre Rehabilitation: Rehabilitations- psychologie und Rehabilitationsmedizin	9	2	4			270
Modul D2 Analysen von schwierigen Lebenswelten	6		4			180
Modul D3 Sozialpädagogische Diagnostik	6			4		180
Modul D4 Entwicklungsaufgaben und Lebensweltbezug in der sozialen und beruflichen Rehabilitation von Jugendlichen in sozial benachteiligten Lebenslagen. Soziale Probleme Erwachsener mit Behinderung - Konzepte lebenslangen Lernens.	6			4		180
Studienabschnitt E: Aufgaben im mittleren Management						
Modul E1 Organisations- und Qualitätsentwicklung, Projektmanagement, Organisationsgestaltung in der Sozialen Arbeit, Neue Steuerung	6			4		180
Modul E2 Controlling, Finanzierung und Existenzgründung - Berufsrecht und Grundlagen des Gesellschaftsrechts Marketing, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkarbeit	9				6	270
Studienabschnitt F (F1/F2): Masterarbeit und Masterkolloquium						
	24			2		720
Summe	120	20	20	20	6	3600

Graphische Modulübersicht

Semester		1	2	3	4
Modul mit 6 CP		Mo A1 (6 CP)	Mo C3.1 (6 CP)	Mo C3.2 (3 CP)	Mo E2 (9 CP)
				Mo E1 (6 CP)	
Modul mit 12 CP		Mo B1 (6 CP)	Mo A2 (6 CP)	Mo F.1 (3 CP)	
		Mo C1 (6 CP)	Mo B2.1 (6 CP)	Mo B2.2 (6 CP)	
		Mo C2 (9 CP)	Mo D2 (6 CP)	Mo D3 (6 CP)	
Modul mit 9 CP		Mo D1.1 (3 CP)	Mo D1.2 (6 CP)	Mo D4 (6 CP)	
		30 CP	30 CP	30 CP	30 CP

-  Studienabschnitt A:
Bildung und Kommunikation
-  Studienabschnitt B:
Anwendungsbezogene Forschung
-  Studienabschnitt C:
Gesellschaftliche Reflexionen
-  Studienabschnitt D:
Resozialisierung, Rehabilitation
-  Studienabschnitt E:
Aufgaben im mittleren Management
-  Studienabschnitt F:
Masterarbeit 16 CP und
Masterkolloquium 5 CP